

Foto: Bilderbox.com



SOZIALLEISTUNGEN

Ab kommendem Jahr werden in Österreich viele Sozialleistungen automatisch an die Inflation angepasst. **Seite 2**

Foto: Marco Vaneek



FRAUENMORDE

Wie Gewalt an Frauen in Zukunft besser verhindert werden kann, erläutert Yvonne Widler im Interview auf **Seite 5**

Foto: Damon Lam / Unsplash



SOZIALES IN OÖ

Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist Oberösterreich sehr zurückhaltend beim Teuerungsausgleich. **Seite 7**

OÖ.PLANET

AUSGABE NR. 116 DEZ. 2022 24. JAHRGANG

GRÜNE ZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

OÖ.PLANET NR. 08/2022 | PREIS: € 1,- | ÖSTERREICHISCHE POST AG | MZ 02Z031264 M
DIE GRÜNEN | LANDESGRUPPE OÖ | 4040 LINZ | LANDGUTSTR. 17 | RETOUREN AN POSTFACH 555 | 1008 WIEN



MEHR RÜCKENWIND FÜR DIE WINDKRAFT!

In Oberösterreich wird die Windkraft blockiert statt gefördert. In den letzten sechs Jahren wurde hierzulande nur ein einziges Windrad neu aufgestellt, obwohl es ein Potenzial für mindestens hundert Windräder gibt. Die verantwortliche Landespolitik müsste sich endlich zur Förderung der Windenergie bekennen und die Rahmenbedingungen entsprechend ändern. Mehr dazu auf Seite 3



Foto: EWS

IST ES UNFAIR, MUSS DER STAAT EINGREIFEN

Russland führt auch einen Wirtschaftskrieg und der betrifft uns unmittelbar durch hohe Energiepreise. Dass diese weltweit durch die Decke gehen, lässt aber bei manchen Energiekonzernen ordentlich die Kassen klingeln. Für uns war immer klar: Wenn die Märkte verrückt spielen, muss der Staat ordnend eingreifen. Und wenn sich manche eine goldene Nase verdienen, während die Leute mit enorm hohen Energierechnungen kämpfen, dann ist das schlicht ungerecht. Daher haben wir in der Bundesregierung beschlossen, diese Zufallsgewinne als Krisenbeitrag abzuschöpfen. Und zwar rückwirkend, denn es ist absurd, wenn Konzerne hohe Gewinnmargen verbuchen und Manager-Boni auszahlen, während ihre Kundinnen und Kunden unter hohen Gas- und Strompreisen stöhnen. Mit diesen Milliarden-

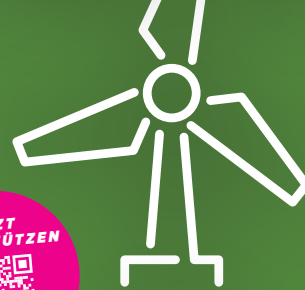


betragen finanzieren wir Entlastungsmaßnahmen, vor allem für jene Menschen, die sich fragen, wie sie die hohen Energierechnungen bezahlen sollen. Bei dieser Maßnahme für mehr Gerechtigkeit war uns auch besonders wichtig, dass die Investitionen in den Ausbau erneuerbarer Energie nicht gebremst, sondern vielmehr angeschoben werden. Energiekonzerne, die ihre Gewinne in die Energieproduktion grüner Energie investieren, können diese Ausgaben vom Krisenbeitrag abziehen. Das ist gut und richtig. Denn erst, wenn wir uns von der Importabhängigkeit befreit haben und unseren sauberen Strom selbst erzeugen, ist unsere Energieversorgung dauerhaft sicher und preisstabil. Wir werden nicht ruhen, bis das geschafft ist.

■ WERNER KOGLER – VIZEKANZLER

Foto: © Parlamentsdirektion Anna Rauchenberger

100 WINDRÄDER FÜR OÖ



ZUGESPITZT



MARCO VANEK
CHEFREDAKTEUR
MARCO.VANEK@
GRUENE.AT

FRIEDENSPAKT
MIT DER NATUR

Auch wenn es in Zeiten wie diesen verlockend ist, unter dem Deckmantel der Energiewende Naturräume wie aktuell Teile des Tiroler Kaunertals für Wasserkraftwerke unwiederbringlich zu zerstören, sollte das Thema Naturverbrauch und Klimaschutz doch differenzierter betrachtet werden.

„Klima- und Naturschutz sollen keine Gegensätze sein, sondern brauchen einander dringender denn je.“

Eines ist aber klar: Wir brauchen einen Kraftakt, um mehr Energie für eine saubere Strom- und Wärmeerzeugung einzusparen. Denn dies brauchen wir, um unsere CO₂-Emissionen weiter zu reduzieren. Wir brauchen aber auch die unberührten Naturflächen, etwa als Speicher für die Treibhausgase oder zum Erhalt der Artenvielfalt. Denn geschützte Flächen wie unsere Nationalparke, Wildnisgebiete, unberührte Flusslandschaften und Moore sind notwendiger denn je, um die aktuelle Biodiversitätsstrategie umzusetzen. Klima- und Naturschutz sollen deshalb keine Gegensätze sein, sondern brauchen einander dringender denn je. Ohne Klimaschutz steigen die Temperaturen immer mehr und ohne Naturschutz gibt es kein stabiles Klima. Wir brauchen deshalb einen umfassenden Friedenspakt mit unserer Natur, der beides beinhaltet: Klima- und Naturschutz...

... meint Marco Vanek
Chefredakteur

SOZIALLEISTUNGEN
WERDEN JÄHRLICH ERHÖHT

Ab Beginn des nächsten Jahres werden die Sozialleistungen automatisch an die Teuerung angeglichen. Mit dieser Maßnahme sollen die Kaufkraft der jeweiligen Transferleistung erhalten bleiben. Doch das Arbeitslosengeld bleibt davon ausgenommen.

MARCO VANEK

Was viele Regierungen in den letzten Jahrzehnten nicht geschafft haben, wurde nun von Schwarz-Grün umgesetzt. Mit der jährlichen Wertanpassung vieler Sozialleistungen werden viele Menschen dauerhaft besser mit ihrem monatlichen Einkommen auskommen können. Jährlich erhöht werden Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Familienzeitbonus, Schulstartgeld, Mehrkindzuschlag, Kinderabsetzbetrag, Studienbeihilfe, Schülerhilfe und Kranken-, Reha-, Wiedereingliederungs- und Umschulungsgeld. Pensionen, Sozialhilfe und das Pflegegeld werden bereits jetzt schon durch ein eigenes Gesetz wertangepasst.

Macht die Valorisierung unser Sozialsystem armutsfest?

„Die Valorisierung ab 1. Jänner ist ein wichtiger Schritt, die laufende ‚Entwertung‘ von Sozial- und Familienleistungen einzudämmen“, meint Markus Koza, Sozialsprecher der Grünen im Parlament. „Sie macht unser Sozialsystem deswegen



Foto: Bilderbox.com

BEISPIELE VON TRANSFERLEISTUNGEN,
DIE VALORISIERT WERDEN:

Familienbeihilfe:

Pro Monat zwischen 6 und 8,65 EUR (abhängig vom Alter des Kindes)

Kinderabsetzbetrag:

Steigt von 58,40 auf 61,46 EUR

Kinderbetreuungsgeld:

Erhöht sich um 5,24 Prozent

Studienbeihilfe:

Soll erstmals ab 01. September 2023 an die Inflation angepasst werden. Bereits im August wurde ein Teuerungsausgleich von 300 Euro an BezieherInnen der Studienbeihilfe ausgezahlt, um StudentInnen gegen die Teuerung zu entlasten. Der Valorisierungsautomatismus wird bereits mit 1. Jänner in Kraft treten.

allerdings noch nicht ‚armutsfest‘. Dazu müssen insbesondere die Sozialhilfe/Mindestsicherung – als letztes soziales Netz – deutlich auf die Armutsgefährdungsschwelle angehoben werden.

Warum werden nicht auch Arbeitslosengeld und Notstandshilfe valorisiert?

Vor allem die laufende Wertesicherung der Notstandshilfe ist den Grünen ein besonderes Anliegen, das sie auch bereits in den Verhandlungen zur Valorisierung der Sozialleistungen eingebracht haben. Damit konnten sie sich aber nicht durchsetzen, da die ÖVP die Wertanpassung beim Arbeitslosengeld und Notstandshilfe mit dem Beschluss der geplanten Arbeitsmarktreform verbunden hat. Da nun die Arbeitslosengeldreform abgeblasen wurde, werden auch die Gelder nicht erhöht.

„Die Nicht-Valorisierung insbesondere der Notstandshilfe stellt ein hohes Armutsgefährdungsrisiko dar, insbesondere bei hohen Inflationsraten wie wir sie aktuell erleben. Dass vorherige Regierungen nichts unternommen haben, Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung besser gegen Armut abzusichern ist beschämend, macht die aktuelle Situation aber nicht besser, so Koza. „So erfreulich es ist, dass so gut wie alle Sozial- und Familienleistungen künftig valorisiert werden – es braucht auch die Valorisierung von so wichtigen ‚Versicherungsleistungen‘ wie dem Arbeitslosengeld und der Notstandshilfe“, sagt Koza.

ARTENSCHUTZ DRINGENDER DENN JE

Das Klimaschutzministerium veröffentlichte seine Biodiversitätsstrategie 2030+

Zum Beginn der Weltartenkonferenz in Montreal legte das Klimaschutzministerium seine Pläne für den Schutz der österreichischen Biodiversität bis 2030 vor. Bis dahin soll ein Drittel des Landes unter Schutz gestellt, ebenso ein Drittel der gefährdeten Arten nicht mehr auf der Roten Liste stehen und 35 Prozent der Landwirtschaft auf Bio umgestellt sein.

Das erste Ziel dürfte leicht zu erreichen sein, stehen jetzt schon 29 Prozent der Landesfläche unter Schutz, davon aber nur 1,7 Prozent als Gebiete mit strengen Schutzauflagen wie Nationalparke oder Wildnisgebiete. Beim Thema Biolandbau sind indes mehr Anstrengungen nötig. Zurzeit werden 26 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche biologisch bewirtschaftet, das sind 670.000 Hektar.

Die größte Aufgabe dürfte aber der Schutz der gefährdeten Tier- und Pflanzenarten sein. Auf der Roten Liste befinden sich zurzeit 1274 Pflanzen. Das Umweltbun-

desamt stellte zudem fest, dass der Bestand an Farn- und Blütenpflanzen sukzessive zurückgeht. Bei den Tierarten sind die Hälfte der Reptilien und Amphibien stark gefährdet, bei Fischen sind es ebenso die Hälfte und bei Vögeln etwa ein Drittel.

Um die vielen Pflanzen und Tiere vor dem Aussterben zu schützen, braucht es vor allem Strategien, die Flächenversiegelung zu stoppen, aber auch weniger Pestizide einzusetzen. Die aktuelle Biodiversitätsstrategie gibt dabei den Rahmen für politische Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen vor und richtet sich



Foto: Anna Niederer

Schutzgebiete Almsee und Totes Gebirge

von der Gemeindeebene bis zur Bundesregierung und an viele Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche. Zur Unterstützung dieser Bemühungen wurde bereits 2021 der Biodiversitätsfonds mit einer Dotierung von achtzig Millionen Euro eingerichtet. Dieser unterstützt unterschiedliche

Projekte zum Schutz der Arten, aber auch zur Wiederherstellung von bereits zerstörten Lebensräumen.

➔ www.bmk.gv.at/themen/klima_umwelt/naturschutz/biol_vielfalt/biodiversitaetsstrategie_2030.html

OÖ HAT VIEL POTENZIAL IN DER WINDENERGIE

Nach sechsjähriger Pause dreht sich in Oberösterreich wieder ein neues Windrad. Dieses ging im Windpark Munderfing im Innviertel in Betrieb. Oberösterreich muss mehr tun, um bei der Windenergie nicht noch weiter ins Hintertreffen zu geraten.

■ IRENE MAYER-KILANI

In gesamten Bundesland sind derzeit nur 31 Windräder in Betrieb. Das ist im landesweiten Vergleich ein Platz in den hinteren Reihen. In Niederösterreich etwa sind 735 Windkraftanlagen – und damit 25-mal so viele – in Betrieb. Das Potenzial würde laut dem Interessenverband IG Windkraft um ein Vielfaches höher liegen. Oberösterreich könnte bis zum Jahr 2030 mit 200 Windrädern ein Fünftel seines gesamten Stromverbrauches im Land selbst erzeugen. Damit würden alle Haushalte in Oberösterreich mit Strom versorgt und zusätzlich 190.000 Wärmepumpen angetrieben werden. „Bis 2030 könnten so alle Öl- und Gasheizungen ersetzt werden“, sagt IG-Windkraft-Sprecher Martin Jaksch-Fliegenschnee. Dazu müsse die Landesregierung allerdings den Windkraftausbau wieder zulassen.

Durch den aktuell geltenden Masterplan wurde Oberösterreich zur „Windrad-Ausschlusszone“, kritisiert die Interessenvertretung. Das Windrad in



Foto: Werner Deidl

„Windräder werden zum Symbol für Energiefreiheit und Demokratie“, Stefan Kaineder

Munderfing konnte nur aufgestellt werden, da es bereits vor der Windkraft-Zonierung 2017 geplant wurde. Die IG Windkraft appelliert an die Landespolitik, „die Weichen neu zu stellen“. Nur so könne der Ausbau der Erneuerbaren wieder deutlich zunehmen. Oberösterreich dürfe nicht in die „klimapolitische Steinzeit“ abdriften. „Neue Kohlekraftwerke errichten zu wollen, aber Windkraft auf Hügelketten abzulehnen, ist ein klimapolitischer Irrweg“, betont IG-Windkraft-Geschäftsführer Stefan Moidl. Das hohe Potenzial der Windkraft in Oberösterreich müsse rasch genutzt werden.

Neue Windkraftprojekte

Es gibt jedoch auch zwei Initiativen, die Hoffnung machen.

Dazu zählen die Windparkpläne für den Saurüssel, die wieder Fahrt aufnehmen. In einem offenen Brief an die Landespolitik fordert die Region Attersee-Attergau, endlich die Rahmenbedingungen für eine baldige Genehmigung des Windparks Saurüssel zu schaffen. Alle 15 Bürgermeister der Region, die mehr als 48.000 EinwohnerInnen vertreten, stehen hinter dieser Forderung.

Eine weitere Windkraft-Initiative hat Sandl im oberen Mühlviertel gestartet. Mögliche Flächen für die 250 Meter hohen Windräder befinden sich entlang der Grenze zu Tschechien und in den nahen Waldgebieten. Die Gegend ist windreich und der Mindestabstand von einem Kilometer zu besiedeltem Gebiet wird eingehalten.

Wie viele Windräder gebaut werden, ist noch offen. Faktum ist, dass nur ein einziges Windrad den jährlichen Strombedarf von 4.000 Haushalten produziert, sagen die Initiatoren.

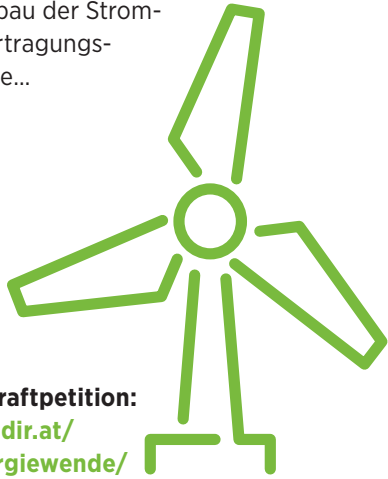
Gerade Oberösterreich als Industriebundesland hat einen hohen Energieverbrauch, der in den letzten 30 Jahren um mehr als 50 Prozent gestiegen ist. Der Erneuerbaren-Anteil macht nur 30 Prozent aus. Das ist der zweitniedrigste Wert aller Bundesländer – nach Wien mit neun Prozent. „Die Zeit der billigen Energieimporte ist vorbei. Der Ausbau der Windkraft ist ein Lösungsansatz für die Versorgungssicherheit und gegen hohe Strompreise“, fordert Moidl die Landespolitik auf, den Wirtschaftsstandort durch Windenergie abzusichern.

GEMEINSAM FÜR 100 WINDRÄDER

Dieser Tage begann die Online-Kampagne der Grünen für eine Windradoffensive in Oberösterreich. Seit Jahren schon blockierte die schwarz-blaue Landesregierung jeglichen Ausbau der Windenergie. Die Meinung der Bevölkerung hat sich längst zugunsten der Windräder gedreht. Laut der im Sommer präsentierten SORA-Klimaumfrage halten es 82 Prozent der Befragten für ziemlich oder sehr wichtig, den Bau von Windrädern voranzutreiben. 68 Prozent der Befragten wollen den Ausbau von Windkraftanlagen, auch wenn das Landschaftsbild beeinträchtigt würde. Stefan Kaineder appelliert: „Mit einer Unterstützung trägt jeder und jede OberösterreicherIn dazu bei, den Druck auf die Landesverantwortlichen zu erhöhen und eine Windkraft-Offensive in die Wege zu leiten.“

Klares Bekenntnis der Landespolitik zur Windkraft

- Überarbeitung des oö. Windkraft-Masterplans: Er muss Grundlage der Windkraftoffensive und der Fahrplan zu 100 neuen Windrädern in OÖ sein.
- Stärkung des oö. Behördenapparats: Der Windkraftausbau erfordert selbstverständlich Genehmigungsverfahren. Um einen raschen Ausbau der Windkraft zu ermöglichen, müssen diese Verfahren beschleunigt werden, ohne jedoch die Verfahrensqualität zu mindern.
- Anpassung landesgesetzlicher Regelungen: Windkraft und Naturschutz wurden bisher in der Regel als Widerspruch gesehen und gegeneinander ausgespielt. Diese Blockade muss enden. Landesgesetzliche Regelungen sind an die neuen Gegebenheiten und Zielsetzungen anzupassen.
- Ausbau der Stromübertragungsnetze...



Windkraftpetition:
→ mit-dir.at/energiewende/

WIE DEN STROMPREIS DÄMPFEN?

Lohnt ein Wechsel in die Energie-Grundversorgung?

■ IRENE MAYER-KILANI

Die hohen Gas- und Strompreise machen immer mehr Menschen zu schaffen. Für viele sind die Preisexplosionen mittlerweile existenzgefährdend. Bei der Beratungsstelle für Energiearmut der Wien Energie treffen so viele Anfragen wie nie zuvor ein. „Die Krise ist mittlerweile in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Täglich fragen verzweifelte Leute, wie sie ihre

Rechnungen bezahlen sollen oder im Winter heizen können“, berichtet die Verantwortliche der Beratungsstelle.

Eine Möglichkeit, die Preise etwas einzudämmen, ist ein Wechsel in die Energie-Grundversorgung.



Foto: Bilderbox.com

Denn laut Gesetz müssen Energieunternehmen allen Haushalten und Kleinunternehmen bei Antragstellung einen Grundversorgungstarif für Strom und Gas anbieten. Jedes andere Vorgehen sei gesetzeswidrig, sagen JuristInnen des Konsumentenschutzvereins.

Die Bevölkerung hat einen Anspruch auf eine Energie-Grundversorgung, ohne Nachweise für ein niedriges Einkommen erbringen zu müssen.

Energo-Geschäftsführer Florian Kanzler unterstützt Kunden beim Wechsel in die Grundversorgung. Er ist Mitgründer von Energo, einem Energiepool, der sich auf die gemeinschaftliche Anschaffung von Strom und Gas spezialisiert hat und österreichweit tausende Privatpersonen, Kleinunternehmen und Hausverwaltungen betreut. „Meiner Meinung nach ist es nicht sinnvoll, wenn sich Kunden ohne Marktkennntnis

wahllos bei Energielieferanten um die Grundversorgung bemühen“, betont Kanzler. Da auf sehr viele Details geachtet werden muss, sei eine professionelle Hilfe sinnvoll. Am stärksten betroffen sind Kunden, die aktuell gezwungen sind, teure Neuverträge abzuschließen – etwa, weil sie von ihren Versorgern gekündigt werden. Auch jene, die vor einem Umzug oder Neueinzug stehen, treffe die Teuerung besonders hart. Der Energiemarkt wird sich früher oder später wieder beruhigen, prognostiziert Kanzler. Die Preise werden aber nicht mehr auf bereits dagewesene Werte zurückfallen.



Tschechien hat große Pläne vor beim Ausbau seiner Kernkraftwerke. In zehn Jahren sollen kleine Reaktoren (sogenannte Small Modular Reactors – SMR) sauberen und sicheren Strom erzeugen, so die Erzählung der Atomindustrie. Stefan Kaineder steht diesen Plänen skeptisch gegenüber: „Nur weil ein Kernkraftwerk kleiner ist, ist die Gefahr durch Unfälle nicht notwendigerweise kleiner“.

Es gibt eine Fülle von verschiedenen SMR Modellen, aber keine allgemeingültige Definition, erläutert Raphael Zimmerl vom Institut für Reaktorsicherheit an der BOKU Wien. Üblicherweise versteht man darunter Kernreaktoren mit einer Leistung von weniger als 300 MWe (vgl. Reaktor Temelín 1.000 MW, Dukovany 440 MW) mit modularen Komponenten.

Dabei ist das Konzept nicht neu, bereits in den 1950er Jahren wollte man die Energieversorgung durch ein Netz von kleinen Reaktoren sichern, man scheiterte aber an der technischen Umsetzung. So gibt es in verschiedenen Ländern Pläne, im nächsten Jahrzehnt explizit „SMR“ genannte Reaktoren zu bauen und in Betrieb zu nehmen. Das sind üblicherweise Leichtwasserreaktoren, deren Größe herunterskaliert wird. Daneben stehen natriumgekühlte und Flüssigsalz-Reaktoren im Fokus. In einer Studie des Öko-Instituts e.V. wurden 136 SMR-Konzepte ermittelt, bisher ist kein SMR im kommerziellen Betrieb. „Diese Pläne für einen südböhmischen Atomversuchspark erhöhen die Gefahr für Oberösterreich und wir müssen uns vehement dagegenstemmen. Diese Reaktoren existieren bisher nur auf dem Papier, sie werden Prototypen sein. Oberösterreich wird sicher nicht tatenlos dabei zusehen, wenn unsere nördlichen Nachbarn ein Kernkraft-Experiment vor unserer Haustüre durchführen“, so Kaineder.

UNGEHORSAM EINST UND JETZT

Umweltproteste und zivilen Ungehorsam gibt es bei uns schon seit mehr als fünfzig Jahren. Die einstigen Umweltproteste sorgten genauso für öffentliche Empörung wie die heutigen Klimaproteste. Doch die heutigen unterscheiden sich doch zu den früheren Protestformen.

MARCO VANEK

Viele von uns erinnern sich – schon etwas erklärend – an die Dezemberproteste in der Hainburger Au des Jahres 1984 zurück, wo durch wochenlange Besetzung des Baustellenareals ein Wasserkraftwerk verhindert wurde. Damals fand auch die legendäre Pressekonferenz der Au-Tiere statt. Der damalige Obmann der ÖVP-Jugend, Othmar Karas, war als Kormoran verkleidet, die Umweltaktivistin Freda Meissner-Blau als Laufkäfer, der Ökologe Bernd Lötsch als Purpurreiher und der Publizist Günther Nenning als Auhirsch. Sie warben zum Unterzeichnen des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens, das zum Erhalt der Au aufrief.

Ein paar Jahre vorher waren zehntausende TeilnehmerInnen auf den Straßen, um gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks in Zwentendorf und den

geplanten Bau eines AKWs in St. Pantaleon bei Enns zu protestieren. Die Liste ließe sich noch lange fortsetzen mit regionalen und lokalen Protesten gegen Autobahnbauten, gegen die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf oder wie in Linz gegen die Luftverschmutzung...

Professioneller

Heute protestieren AktivistInnen der „Letzten Generation“ in Österreich und Deutschland gegen die staatliche Förderung von Infrastruktur in Zusammenhang mit fossilen Energieträgern. In mehreren Museen überschütteten sie Kunstwerke oder klebten sich an Kunstwerke, wie zuletzt an einen Sockel eines Dinosaurier-Skeletts im Naturhistorischen Museum in Wien. Ihre Aktionen übertragen sie zeitgleich über Twitter, Facebook oder andere soziale Medien.



Dieses Verbreiten über digitale Plattformen und die globale Vernetzung der Protestierenden macht auch den gravierenden Unterschied zu früheren Umweltprotesten aus, meint die Soziologin Antje Daniel von der Universität Wien.

Globale Vernetzung

„Die heutigen Protestierenden sind professioneller geworden und gehen nicht mehr so impulsiv an die Sache heran. So gibt es davor Aktionstrainings, wie man sich verhalten soll, sowie rechtliche Aufklärung mit welchen Folgen sie rechnen müssen.“ Was die heutigen Protestgruppen noch zusätzlich eint, ist das junge Durchschnittsalter der AktivistInnen und ihre globale Vernetzung. Viele von ihnen gehören auch mehreren Bewegungen gleichzeitig an.

„Mittlerweile gibt es eine Klimagerechtigkeitszene“, sagt Daniel. Greta Thunberg war die Auslöserin, als sie den Klimaschutz, der lange Zeit NGOs vorbehalten war, „wieder auf die Straße gebracht hat“. Der Protest entwickelte sich weiter, und die AktivistInnen setzen nun mit unterschiedlichen Taktiken an: Neben dem zivilen Ungehorsam durch konzentrierte Aktionen wie das Festkleben auf der Straße, die wachrütteln und aufschrecken sollen, wird laut Daniel auch der Dialog mit der Regierung gesucht, etwa über den Klimarat. Doch wie damals steht der überwiegende Teil der Bevölkerung heute den Protesten genauso reserviert bis ablehnend gegenüber. Laut einer aktuellen Market-Umfrage denken 72 Prozent der Bevölkerung, dass man mit diesen Protesten nichts oder nur wenig erreichen kann.

KLIMAPROTESTE: AUF HILFESCHREI NICHT MIT GEFÄNGNIS DROHEN



Als „schwer irritierend und inakzeptabel“ sieht die Grüne Klima- und Jugendsprecherin LABg. Anne-Sophie Bauer manche Reaktion auf die Klebeaktion von Klimaschützer:innen in Linz. „Von Präventivhaft zu fantasieren, ist völlig daneben. Über die Form des Protests kann man diskutieren. Aber wenn sich junge Menschen aus Angst um ihre Zukunft an der Straße festkleben, ist das ein Hilfeschrei und kann wohl nicht mit Gefängnis beantwortet werden“, meint Bauer.

Die Energie für Entrüstung und Empörung sollte besser aufgewendet werden, um Klimaschutz und Ener-

giehende endlich voranzutreiben. „Das alles verläuft viel zu zäh. Es wird blockiert und relativiert.

Und das hat die junge Generation einfach satt. Sie ist es, die die Folgen der Klimakrise zu tragen hat, und sie wehrt sich“, meint Bauer. Umfragen zeigen ganz klar, dass Klimaschutz eines der Hauptanliegen junger Menschen ist. „Wenn nicht rasch reagiert wird, ist der Kipppunkt überschritten und der Klimakollaps nicht mehr aufzuhalten. Das sollte den Empörten echte Sorgen machen und nicht jene, die sich in ihrer Verzweiflung vor Autos setzen“, meint Bauer. (me)

KLIMAPROTESTBEWEGUNGEN HEUTE:

Fridays for Future begann 2018 mit Greta Thunbergs Schulstreik fürs Klima. Im März 2019 nahmen 1,8 Millionen Menschen am weltweiten Klimastreik teil.

Extinction Rebellion kommt aus Großbritannien. Ihr Ziel? Durch zivilen Ungehorsam Maßnahmen gegen das Aussterben von Tieren, Pflanzen und der Menschheit erzwingen.

Letzte Generation will mit Hungerstreiks oder Straßenblockaden Maßnahmen gegen die Klimakrise erzwingen. In Deutschland und Österreich aktiv.

System Change not Climate Change gibt es bereits seit 2015. Die kapitalismuskritische Gruppe setzt sich für einen radikalen Systemwandel und mehr Klimagerechtigkeit ein.

EIN LAND GEFANGEN IN PATRI-ARCHALEN ROLLENBILDERN

Anlässlich der 16 Tage gegen Gewalt lud die Grüne Bildungswerkstatt OÖ zur Buchpräsentation von „Heimat bist du toter Töchter“ mit anschließender Diskussion. Der oö.planet bat die Autorin Yvonne Widler zum Gespräch.

■ SANDRA PROMMER

oö.planet: Sie haben für Ihr Buch viele ExpertInnen interviewt und bieten Ihren LeserInnen Daten, Fakten und sehr viele Einblicke in die Geschichten der Opfer. Was waren Ihre Beweggründe, sich diesem Thema so tiefgreifend anzunehmen?

Ich habe in den letzten Jahren immer wieder über häusliche Gewalt, Frauenhäuser und Gewaltschutz in Österreich berichtet. Auch über Femizide. Mir ist aufgefallen, dass sich die Menschen viele Fragen zu diesen Themen stellen, auch bei mir haben sich etliche Fragezeichen aufgetan. Und da all das nicht in einen Zeitungsartikel passt, habe ich mich dazu entschlossen, ein Buch zu schreiben. Ich bin sehr froh über die starke Resonanz, es sind so viele Frauen von Männergewalt betroffen.

Welcher Handlungsbedarf ergibt sich Ihrer Meinung nach für Gesellschaft und Politik?

Wir müssen auf ganz unterschiedlichen Ebenen ansetzen, um Männergewalt zu verhindern. Einerseits müssen tradierte Rollenbilder endlich aufgebrochen werden, da müssen wir schon bei den kleinen Buben



v.l.n.r.: Siegmund Lengauer, Dagmar Engl, Yvonne Widler, Michael Eichinger, Barbara Eidenberger

und Mädchen im Kindergarten beginnen. Frauen müssen selbstbestimmt und unabhängiger leben können. Krisenfamilien sollten besser unterstützt werden und hinsichtlich der akuten Maßnahmen sind die verpflichtende Gewaltprävention für Gefährder und die Gewaltambulanzen ein wichtiger Schritt.

Der Medienberichterstattung zufolge sind Femizide eher „Familien- und/oder Beziehungsdramen“, oft auch „Liebestragödien“. Wie wichtig empfinden Sie die Rolle der Medien? Und vor allem den Sprachgebrauch in Bezug auf Femizide?

Wir tragen große Verantwortung und müssen Bagatellisierungen wie diese unbedingt vermeiden. Sie suggerieren, dass häusliche Gewalt Privatsache sei und das ist schlichtweg falsch. Diese Beziehungen

spiegeln Geschlechterungerechtigkeiten wider und damit gehen sie uns alle etwas an. Unsere Artikel lesen Frauen, die von Männergewalt betroffen sind genauso wie Angehörige

„Frauen müssen selbstbestimmt und unabhängiger leben können.“

von ermordeten Frauen. Das muss uns immer bewusst sein. Zudem sollten wir uns weg von der reißerischen Einzelberichterstattung bewegen und hin zu einer Einbettung in eine größere Geschichte, die strukturelle Probleme hinter Femiziden beleuchtet.

Siegmund Lengauer hat in der Diskussion folgenden Punkt eingebracht: „Das Strafrecht blickt in die Vergangenheit und

kommt erst zum Tragen, wenn die Tat begangen wurde. Wesentlicher als strafrechtliche Konsequenzen wäre die Frage, wie die Prävention aussieht“. Was wäre aus Ihrer Sicht hier besonders wichtig?

Österreich ist immer noch sehr patriarchal geprägt, das hat mir meine Recherche vor Augen geführt. Die „gunde Watschen“ ist vielerorts noch ganz normal. Genauso wie die Tatsache, dass Frauen nicht als gleichwertig angesehen werden. Hier muss angesetzt werden. Es kann etwa nicht sein, dass in Österreich immer noch fast alle Frauen in Karenz gehen, weil der Mann besser verdient. Männer, die Care-Arbeit leisten sind weniger gewalttätig, das zeigen Studien. Und kleine Buben dürfen wir nicht mehr als „Indianer, die keinen Schmerz kennen“ erziehen. Auch das ist leider noch oft der Fall.

FRAUENMORDE

319 Femizide – also die Tötung einer Frau aufgrund ihres Geschlechts – wurden in den vergangenen zehn Jahren in Österreich verübt. Auch im Jahr 2022 reißt diese traurige Bilanz nicht ab: 28 Frauen wurden bisher von ihren Partnern oder einer männlichen Person aus ihrem Umfeld getötet.

„Gewalt gegen Frauen lässt sich nicht einfach durch einzelne Maßnahmen zum Beispiel im Gewaltschutz verhindern. Patriarchale Strukturen mit all ihren vorherrschenden Rollenbildern, aber auch ökonomische Schieflagen und Machtgefälle auf allen Ebenen verhindern noch immer eine geschlechtergerechte Gesellschaft, sind also kollektive Ursachen von Gewalt.“

Dagmar Engl, Sprecherin der Grünen Frauen OÖ

MEHR GELD FÜR GEWALTSCUTZ-ZENTREN

Bei einem mehrtägigen Besuch von Gewaltschutz- und Gewaltpräventionseinrichtungen in Oberösterreich konnte sich die Grüne Frauensprecherin Dagmar Engl ein umfassendes Bild über Arbeit, Herausforderung und Anliegen dieser Einrichtungen verschaffen.

Bei Gesprächen haben Mitarbeiterinnen der Einrichtungen aus ihrem Arbeitsalltag berichtet. Deutlich war das Unverständnis darüber zu vernehmen, dass die Gelder für Gewaltschutzeinrichtungen im Frauenbudget neuerlich nicht erhöht werden. Die Auswirkungen haben die Mitarbeiterinnen deutlich dargelegt.

„In Österreich ist jede fünfte Frau von Gewalt betroffen. Trotzdem haben vergangene Bundesregierungen beim Gewaltschutz und bei der Gewaltprävention weggeschaut, sagt die Grüne Frauensprecherin im Parlament **Meri Disoski**. „Statt dringend notwendiger Budgeterhöhungen gab es Kürzungen. Mit Grüner Regierungsbeteiligung sind diese Zeiten vorbei. Zum vierten Mal in Folge haben wir die Budgets für Gewaltschutz- und Gewaltpräventionseinrichtungen erhöht. Dass das Land Oberösterreich hier nicht mitzieht, gefährdet wichtige Beratungsangebote und Jobs von Beraterinnen“, sagt Disoski.

NEUWERTIGES NICHT MEHR VERNICHTEN!



Alein im letzten Jahr wurden laut Greenpeace-Schätzungen für Österreich rund 4,6 Millionen Kilogramm ungenutzter Dinge und davon mindestens 1,31 Millionen Retouropakete mit Kleidung und rund 120.000 Pakete mit Elektroartikeln vernichtet. Vor dem Hintergrund hoher Energiepreise und unserer schmerzlich spürbaren Abhängigkeit von fossilen Energieträgern ist ein schonender und effizienter Umgang mit unseren wertvollen Ressourcen notwendiger denn je. Vor allem im Onlinehandel werden große Mengen an Neuware von

Elektrogeräten und Textilien vernichtet. Um diese grassierende Ressourcenverschwendung einzudämmen, braucht es auch in Österreich ein Vernichtungsverbot von Neuwaren und neuwertigen Waren.

Vernichtungsverbot

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler kündigte ein solches Verbot an und beginnt daher Konsultationen mit der Wirtschaft, sozialen Einrichtungen und der Zivilgesellschaft, damit Neuware nicht mehr vernichtet wird.

IMPRESSUM

oö.planet 08/2022 Zulassungsnr.: GZ 02Z031264 M

Medieninhaberinnen: Die Grünen OÖ und die Grüne Bildungswerkstatt, beide 4040 Linz, Landgutstraße 17 **Herausgeberinnen:** Die Grünen OÖ, die Grüne Bildungswerkstatt OÖ und der Klub der Grünen im oö. Landtag. **Die Redaktion:** Mag. Marco Vanek (Chefredakteur), Mag. Gerhard Niederleuthner, Mag. Markus Ecker, Ursula Roschger

MitarbeiterInnen und AutorInnen: Mag. Herbert Voraberger, Severin Mayr, Dr. René Freund, Irene Mayer-Kilani, Mag.a (FH) Sandra Prommer, Werner Kogler **Korrektur:** Mag.a Barbara Vanek **Fotos:** www.bildbox.com, istock, Grünes Archiv, Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner, Ron Sandmayr **Gestaltung:** agentur g+, Mag. Gerhard Niederleuthner und Gernot Wartner **Produktion:** Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner

Adressenverwaltung: Tel.: 0732/73 94 00 Richard Steinmetz; service.ooe@gruene.at **Druck:** Wimmer Medien Druck, Linz **Verbreitete Auflage:** 22.000 Stück Die nächste Ausgabe des oö.planet erscheint **Anfang April 2023.**

KOMMENTAR



■ SEVERIN MAYR
KLUBOBMANN DER
GRÜNEN IM OÖ. LANDTAG
SEVERIN.MAYR@
GRUENE.AT

DAS BRETT VOR
DEM KOPF

Manch Stehsatz schmerzt. „Politik ist das Bohren dicker Bretter“ zählt treffsicher dazu. Ehrlicherweise ist dem aber eine gewisse Berechtigung nicht abzusprechen. Insbesondere, wenn es ein schwarz-blaues Koalitionsbrett mit extra harter Verweigerungs-Legierung zu durch-bohren gilt. Mit dem nun beschlosse-nen Landesbudget trägt die Koalition die nächste Schicht auf. Ein Budget ohne Gesamtplan, zu wenig für die Energiewende, die teuerungsgeplagten Menschen und Gemeinden und wie immer zu wenig für den Klimaschutz. Was diesem Budget fehlt, wissen wir. Die Gründe dafür nicht, sie bleiben schwarz-blaues Geheimnis. Und das ist schwer irritierend. Da draußen wandelt sich die Welt. Der Planet taumelt durch Hitze, Dürre Überflutungen und schreit nach Klimaschutz. Ein tobender Krieg lässt die fossilen Fesseln tief in die Brieftaschen der Menschen schneiden und macht eine neue Energiezukunft unabwendbar. Ja, die Welt ändert sich, Schwarz-Blau nicht. Die Landeskoalition müsste agieren, aber sie reagiert nicht einmal. Sie tut so, als ginge sie das alles nichts an. Und genau diese Haltung durchdringt jede Seite dieses Budgets. Ein ambitionsloses Zusammentragen bereits bestehender Maßnahmen, die unter neuem Namen Fortschritt vorgau-keln, wo keiner ist. Schwarz-Blau mag damit seiner Selbstzufriedenheit frö-nen, möglicherweise den angeblichen Koalitionsfrieden wahren. Sie verspielt damit aber die Zukunft des Landes und vor allem der nächsten Generationen. Wir Grünen werden niemals müde, dies aufzuzeigen und zu ändern versuchen. So ist die momentane Rollenverteilung. Die einen bohren Bretter, die anderen tragen sie vor dem Kopf.

STICHWORT
PFLEGEPLUS:

Der Bund übernimmt für zwei Jahre einen Gehaltszuschuss für Pflege und Betreuungspersonen, der auch pensi-onswirksam ist und von den Ländern ausgezahlt wird. Diese können den Zuschuss erhöhen oder wie von den Grünen eingefordert- den Dienstge-berbeitrag übernehmen. Für die Grü-nen muss sich dieser Zuschuss aber auch langfristig in den Kollektivverträ-gen abbilden. Zudem muss die Einstu-fung der Pflege- und Betreuungskräf-te und auch anderer Gesundheits- und Sozialberufe konstant verbessert werden. Das ist auch klare Aufgabe der Gewerkschaften und Länder.

DIE DÜSTERE KONTINUITÄT
SCHWARZ-BLAUER
BUDGETS

„Warum? Diese Frage ist ironiefrei und völlig ernst gemeint. Denn man wird ratlos. Warum schafft die Landeskoalition kein Budget, das endlich den Riesenherausforderungen und Aufgaben gerecht wird.“

Es ist beileibe nicht das erste Resümee eines schwarz-blauen Budgets an dieser Stelle. Diese langjährige Betrachtung erlaubt es, Veränderung, Entwicklung und Fort-schritt in den letzten Jahren festzustellen.

■ MARKUS ECKER

Wenn es denn doch diesen gäbe. In die-sem Sinne können wir von einer düsteren Kontinui-tät sprechen. Bis heute, bis zum Beschluss des aktuellen Haus-halts für die kommenden zwei Jahre. Mit diesem Zahlenwerk setzt die Landeskoalition ihre Tradition verfehlter Budget-politik nahtlos fort. Alle Kritik, das gesamte, in den Jahren aufgestaute Unverständnis ver-dichten sich gerade bei diesem Budget in einer einzigen Frage. Warum? „Diese Frage ist iro-

niefrei und völlig ernst gemeint. Denn man wird ratlos. Warum schafft die Landeskoalition kein Budget, das endlich den Riesenherausforderungen und Aufgaben gerecht wird“, meint der Grüne Klubobmann LABg. Severin Mayr, für den es nur zwei Erklärungen gibt. „Entwe-der Schwarz-Blau will es nicht oder kann es nicht“. Dabei sind diese Herausforderungen längst bekannt. Da wären allen voran Klimaschutz und Energiewen-de. Was man behauptet, was ist und was sein sollte, klaffen bei Schwarz-Blau seit Amtsan-tritt unendlich weit auseinan-der. Nicht einmal Expertisen, weltweite Klimakatastrophen, Alarmrufe aller Klimakonferen-zen und Temperaturrekorde hier bei uns, haben daran etwas geändert. „Stand heute gibt es die angekündigte Klima- und Energiestrategie immer noch nicht. Im Budget ist Klima-schutz eine Randnotiz, der Zu-kunftsfonds eine Ansammlung bekannter Maßnahmen und die

sanft angedeutete Kurskorrek-tur bei der Windkraft eine hohle Phrase“, fasst Mayr zusammen.

Alles wartet auf das Go

Dabei bräuchte das Land nicht nur eine kraftvolle Klimaschutz-ansage, es sehnt sich danach. Die Menschen nach einer klaren Ausrichtung und Vorbildfunkt-ion, nach einem tiefverankerten Wegweiser, wohin es geht. Die Wirtschaft nach Rückhalt, klaren Plänen und Unterstüt-zung. Der Energiebereich nach einem politischen Partner, der weitsichtig Rahmen absteckt und das Fundament für den Erneuerbaren-Ausbau stärkt. Und dann wäre noch das Jahr 2040. Jenes Jahr, in dem Oberösterreich klimaneutral sein sollte. „Alles wartet auf das Go, aber es kommt nicht. Und es mündet immer wieder in die gleiche Frage. Warum nicht? Was hindert die Koalition daran? Will der eine und der andere nicht? Oder glaubt sie

tatsächlich gemeinsam, dass das Momentane ausreicht und damit ihren eigenen Werbe-sprüchen? Beunruhigend ist jede Variante“, meint Mayr.

Keine Zustimmung – vertane Zeit, vertane Chance

Der Vollständigkeit halber soll vermerkt werden, dass die Grünen diesem Budget nicht zugestimmt haben. Aus obi-gem Grund, aber auch, weil in keinem Budgetbereich die Schwerpunkte und Gelder so gesetzt sind, dass sie Ober-österreich gestaltend und verantwortungsbewusst wei-terbringen. Die Frage nach dem Warum bleibt weiter unbeant-wortet. Die Grünen werden sie weiterhin stellen, der Fundus an Antworten und Reaktionen aber ist weitgehend ausge-schöpft. Er wird weiter zwis-chen Selbstlob, Relativierung und Ignoranz oszillieren. Bis zum nächsten Budget. Vertane Zeit, vertane Chance.

VOM BEMÜHEN GEGEN DIE PFLEGEMISERE

Auf uns warten immen-se Herausforderungen: 9950 Pflegekräfte wer-den bis 2030 benötigt und bis zu 107.000 Pflegebedürftige wird es bis 2040 geben.

■ MARKUS ECKER

Diese Zahlen berichtet der Landesrechnungs-hof und bringt es auf den Punkt, welche Herausfor-derungen warten: zu wenig Personal für immer mehr Pfl-egebedürftige. Etliche Schritte wurden gesetzt. Vom Bund und auch brauchbare des Lan-des. „Man hat erkannt, dass man sich in der Pflegefrage breit aufstellen und alle Player miteinbeziehen muss“, meint

die Grüne Pflegesprecherin LABg. Ulrike Schwarz und sieht auch die geplanten Bes-serungen im Arbeitsprozess als guten Ansatz. Darunter Erleichterungen bei der Doku-mentation, flexiblere Dienst-pläne und Personallösungen. „Dies nimmt den Arbeitsdruck

etwas heraus und entlastet das Personal. Das sind Ver-besserungen, die von den Beschäftigten und uns Grünen beständig eingefordert wor-den sind“, meint Schwarz.

Wenn auch löblich, werden aber die Effekte der mittlerweile

zahlreichen Ausbildungsange-bote bescheiden bleiben. Auch eine Erkenntnis des Landes-rechnungshofes „Denn es feh-len die Auszubildenden. Noch so viele Angebote helfen nicht, wenn durchaus Interessierte vor diesem so wichtigen, aber auch belastenden Job zurückschre-cken“, meint Schwarz.

Die gesamten Rahmenbedin-gungen müssen passen. Mit den Erleichterungen im Work-Flow ist ein wichtiger Anfang gemacht. Nun muss weiter an einer besseren Bezahlung gearbeitet werden. „Das sind die wesentlichen Faktoren. Gute Arbeitsbedingungen und ansprechende Bezahlung. Dann kommen mehr Interessierte in den Pflegeberuf und bleiben auch dabei“.



Foto: Kazuma Seki / iStock

IM SCHATTEN DES VOR-WEIHNACHTSGLITZERS

Manchmal rückt die Krisenstimmung beiseite. Beim Betreten von Einkaufszentren, Blicken in Restaurants und auf die Unendlichkeit des vorweihnachtlichen Warenangebots on- und offline. Dann entschwinden Teuerung, Energiekrise und Belastungen ins scheinbar Theoretische...

■ MARKUS ECKER

Die Teuerung trifft uns alle und in unterschiedlichem Maße. Aber die wirklichen Sorgen entziehen sich zumeist unseren Blicken. Sie finden sich im Verborgenen. Unter all jenen, die es bisher schon schwer hatten. Die nun um Wohnung und Existenz fürchten, vor jeder Rechnung und jedem Einkauf bangen. Kinderreiche Familien, AlleinerzieherInnen, allzu oft mit Migrationshintergrund. „Diese Menschen brauchen unsere Unterstützung mehr denn je. Aber die verantwortliche Politik reagiert auch hier beschämend. Die Hilfe ist zögerlich, mager und etlichen Betroffenen erschwert man das Leben ganz bewusst“, ärgert sich die Grüne Sozialsprecherin im Landtag, Ines Vukajlović. Diese – nobel

ausgedrückt – Zurückhaltung der schwarz-blauen Landeskoalition lässt sich auf verschiedenen Ebenen festmachen.

Da wären etwa die gezielten Unterstützungsleistungen gegen die Teuerung. Der Bund hat ein Gesamtpaket geschnürt, andere Bundesländer haben es übernommen und ergänzt. Nicht so Oberösterreich. „Hier liefert Schwarz-Blau magere Unterstützungshäppchen. Wenn der Druck zu groß wird, präsentiert man die nächste Portion, hat aber keinen Plan“, meint Vukajlović. Von einer Erhöhung der Wohnbeihilfe und einem Sozial- und Klimafonds ist nichts zu sehen. Auch kein Energiebonus oder günstigeres Klimaticket. All dies wurde von den Grünen eingefordert.

Nur das Notwendigste

Ähnlich die Lage bei der Sozialhilfe. Der Bund hat das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz deutlich verbessert. Das schwarz-blaue Oberösterreich macht mit seiner Sozialhilfenovelle gerade das Notwendigste und sicher zu wenig, um den armutsgefährdeten Menschen ausreichend zu helfen. Es gibt keine Anhebung der Kinderrichtsätze, um wirksam gegen Kinderarmut vorzugehen. Kein voller Richtsatz für AlleinerzieherInnen, auch wenn weitere volljährige Personen



Foto: Damon Lam / Unsplash

im Haushalt leben. Und keine klare finanzielle Absicherung für Menschen mit Behinderung und in Arbeit sowie Menschen mit humanitärem Bleiberecht. Es kommt noch drastischer. „Diese Novelle führt zu Fällen, in denen Drittstaatsangehörige selbst mit behinderten Kindern jegliche Unterstützung verlieren könnten. Das ist für ein Land wie Oberösterreich geradezu unglaublich, zeigt Vukajlović auf.

Wohnbeihilfe – ein Dilemma

Und dann wäre dann noch explizit die bereits angesprochene Wohnbeihilfe. Unter Schwarz-Blau ein echtes Dilemma, wie selbst der Landesrechnungshof festgestellt hat. Sie ist extrem wichtig, um den Betroffenen leistbares Wohnen zu sichern. Aber immer weniger Menschen erhalten sie, weil die Hürden ständig steigen. Der besondere und vom Landesrechnungshof kritisierte Clou: Die Wohnbeihilfe wird als Einkommen für die Bemessung der Sozialhilfe gezählt. „Zwei essenzielle Unterstützungsleistungen werden gegeneinander aufgerechnet. Damit sinkt die Unterstützung eklatant“, meint Vukajlović und fordert, dass „an beiden Gesetzen geschraubt wird, um diese Ungleichbehandlung abzustellen. Wohnen wird immer teurer und vielen Betroffenen geht es um jeden Euro“.

UNPACKBARER STILLSTAND BEIM BODENSCHUTZ

Beim Bodenschutz „endlich in die Gänge zu kommen“ fordert einmal mehr der Grüne Raumordnungssprecher LABg. Rudi Hemetsberger von den Landesverantwortlichen ein. Denn die jüngsten Daten des Umweltbundesamtes bestätigen die weiterhin massive Bodenvergeudung. Täglich 11,3 Hektar Boden sind bundesweit in den letzten drei Jahren im Schnitt verbraucht worden. Meilenweit von den angepeilten 2,5 Hektar entfernt. „Die inkonsequente Umsetzung eines ohnehin schwachen schwarz-blauen Raumordnungsgesetzes befeuern diesen unpackbaren Stillstand. So kann Bodenschutz nicht funktionieren“, meint Hemetsberger. „In den Gemeinden gibt es viele bereits gewidmete Flächen und leerstehende Gewerbebauten. Diese gilt es zu nutzen und zu aktivieren. Dazu brauchen die Gemeinden aber endlich die nötige, landesgesetzliche Grundlage, die wir Grünen auch bereits eingefordert haben, aber noch immer nicht vorliegt“, mahnt Hemetsberger.



Foto: Bilderbox.at

MEHR GELD FÜR KINDERBETREUUNG!

Die heimische Kinderbetreuung hinkt bundesweit hinterher. Das ist bekannt. Die wenigsten Krabbelstubenplätze für unter Dreijährige, das Angebot bei den Drei- bis Sechsjährigen ebenfalls und zu wenige Pädagoginnen für zu große Gruppen. „Das präsentierte Bildungsbudget wird das nicht gravierend ändern. Dafür sind die Gelder zu wenig“, meint der Grüne Bildungssprecher LABg. Reinhard Ammer. Dieses Budget protzt zwar mit erklecklichen Summen und hehren Plänen. „Man scheint zu einem Aufholprozess bereit. Aber gestartet wird auf einem extrem niedrigen Niveau, und es ist zu bezweifeln, dass mit diesem Budget überhaupt der Normallevel in Reichweite kommt“, meint Ammer.



Foto: Erila Fletcher / Unsplash



SCHWARZ-BLAUES TAGEBUCH 22. DEZEMBER 2022

Mein liebes Tagebuch, war des a schöne Vorweihnachtszeit, ein bissl gedämpfter aber trotzdem. Überall hast die Weihnachtsklassiker gehört. Von „süßer die Kronzeugen nie singen“, über „hört was draußen die Nachbarn schrein, kann ja nur der Gaspreis sein“ bis zu „leiser rennt heuer der Schmäh“. Und so viel Geschenke. Block und Bleistift habens in der ÖVP verteilt, statt neue Handys. In der SPÖ hats geben Pinsel, Farb und Wasserwaag für a gemeinsame, grade Linie. Und in der FPÖ habens sie so über die Asylzahlen g'freit, dass in ihre Liederbücher trenzt haben.

Bald san ma im kalendari-schen Niemandsländ bis zum

Jahreswechsel. Drum a paar Bonmonts. Im U-Ausschuss habens drüber g'stritten, ob ma „Grüß Gott“ oder „Guten Tag“ sagt. Wie wars mit an „Geht's nu?“ „Schluss is mitn verwöhnten Leben in Oberösterreich“, hat der LH Stelzer bei der Budgetrede g'mant und der Mindestrentnerin ist glei der Schampus aus der Hand g'fallen. Apropos Händ, wegen de Klimakleber, kriegen jetzt vü an dicken Hals. Aber so fest können se die jungen Leute gar nicht auf der Straßen ankleben, wia die Welt nu immer am öli-gen Hintern von den Scheichs pickt. Dort wüll offenbar wer, dass des EU-Parlament a wia gschmiert rennt. Kein Koffer, aber Geldsackl habens angeblich in Brüssel abgestellt. ...

Oha, wer wird des gwesen sein. Dann hätt ma nu die US-Sportlerin mit dem Cannabis-Öl im russischen Straflager, die gegen den größten Waffenschieber ever austauscht worden ist. Wer findt den Fehler? Von der weiten Welt über ein grenzenlos angfressenes Rumänien zruck nach Österreich, wo die FPÖ in machen Umfragen wieder vorne und Ibiza nur mehr a Partyinsel im Mittelmeer ist.

So mein Tagebuch, das alles am Rande, bevors neben dem Neujahrs- a wieder des große Wunschkonzert zu Silvester gibt. Dass des Bombenschmeißen und Elend in der Ukraine aufhören muss, sollte klar sein. A, dass die Preise se wieder

einigermaßen einkriegen. Die Regierung wünscht se dazu endlich wieder Liebe und Zuneigung, die Opposition Neuwahlen. Und ich wünsch ma a paar Erkenntnisse für so manchen: Dass Klimaschutz net der andere ist, sondern jeder. Dass Phrasendreschen ka Energieform ist und ma besser Radln in den Wind hängt statt Fahnl'n. Dass die Menschenrechtsscharta ka Wochen- oder Monatsmagazin ist und dass ma net nur die Heiligen Drei Könige aus dem Morgenland einlassen und alle andere aus der Gegend aussperren kann. Da täten ma noch viele Sachen einfallen, aber ich mach jetzt ein Punkt und sag Prosit.

■ MARKUS ECKER

SILVESTER OHNE FEUERWERK



Verzichten wir zugunsten unserer Gesundheit und Umwelt sowie zum Wohle unserer Tiere.

Verletzte und 10 Mio. Euro an Ausgaben – das ist die Bilanz zum Silvester-Feuerwerk in Österreich. Dabei ist das kurze Vergnügen richtig schädlich: Für unsere eigene Gesundheit, für die Umwelt und für Tiere. Gemeinsam mit VertreterInnen des Landes OÖ und der Landwirtschaftskammer appelliert Stefan Kaineder, Silvester heuer ohne Feuerwerk zu genießen.

TERMINE 2023

Samstag, 11. Februar 2023
Mit Schneeschuhen durchs Stodertal – ein NaturGEHspräch mit Ulrike Schwarz und Karin Zörrer-Zeiner (Grüne Hinterstoder) zu den Auswirkungen des Wintertourismus in Hinterstoder. Gehzeit ca. 4 Std., ca. 350 hm; Schneeschuhe können in einem örtlichen Sportgeschäft ausgeborgt werden.
Treffpunkt: 9.30 Uhr, Hinterstoder Ortsmitte, kein Kostenbeitrag
Anmeldungen bis 8. Februar an marco.vanek@gruene.at

DAGEGEN? DAFÜR! – GRÜNER DEBATTIERCLUB
In Anlehnung an studentische Debattierclubs veranstaltet die Grüne Bildungswerkstatt OÖ ab 2023

REISEN DER GRÜNEN BILDUNGSWERKSTATT 2023

3. und 4. März 2023
Dornbirn: Verkehrspolitik, Jugendbeteiligung und Baumschutz auf Lokalausgang in der größten Stadt Vorarlbergs & Treffen mit der Grünen Stadträtin Juliane Alton

26. bis 28. Mai 2023
Wenn die Waldwildnis zurückkehrt – NaturGEHspräche im Bayrischen

regelmäßige Treffen, in denen man die eigene Debattierkunst entwickeln und/oder verbessern kann. Ein Team „Regierung“ tritt gegen ein Team „Opposition“ an, freie Redner:innen können sich ebenso in die Debatte einbringen. Mit dabei: 2 Rhetorik-Coaches, die Tipps und Tricks vermitteln und im Anschluss an die Debatte die Teilnehmer:innen „bewerten“. Den genauen Ablauf bzw. alle „Spielregeln“ findest Du auf www.ooe.gbw.at

Termine:
Freitag, 10. März 2023, 17 bis 19 Uhr
Freitag, 12. Mai 2023, 17 bis 19 Uhr
Freitag, 7. Juli 2023, 17 bis 19 Uhr
Ort: GBW-Saal (DG), Grünes Haus, Landgutstr. 17, 4040 Linz

Wald mit Renate Leitinger
Ort: Altschöna in Bayern
gemeinsam mit den Grünen – Generation Plus OÖ

Vorschau: 16. bis 19. Juli 2023
Brüssel: Ins Herz der EU – auf Besuch bei den Institutionen der Europäischen Union

Nähere Infos zu den Reisen unter:
→ www.ooe.gbw.at
→ www.planetreisen.at



KONTAKT

Die Grünen OÖ – Die Grüne Alternative
Landgutstraße 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 **Fax** DW 556
Mail ooe@gruene.at
Web ooe.gruene.at
FB facebook.com/grueneooe

REDAKTION

oö.planet – Grüne Zeitung für OÖ
Landgutstr. 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 **Fax** DW 556
LeserInnenzuschriften:
Mail marco.vanek@gruene.at
Tel. 0732/73 94 00
Adressverwaltung: Richard Steinmetz
Mail service.ooe@gruene.at



GUTE IDEE: ZWEITES LEBEN FÜR DEN CHRISTBAUM

In den nächsten Wochen werden wieder mehr als zweieinhalb Millionen Christbäume abgeräumt und der thermischen Verwertung oder dem Biomüll zugeführt. Trotz dieser Verwertung hadern immer mehr Menschen mit dem Gedanken für wenige Weihnachtswochen extra einen Baum zu „töten“, gelten doch Bäume längst als Klimahelden.

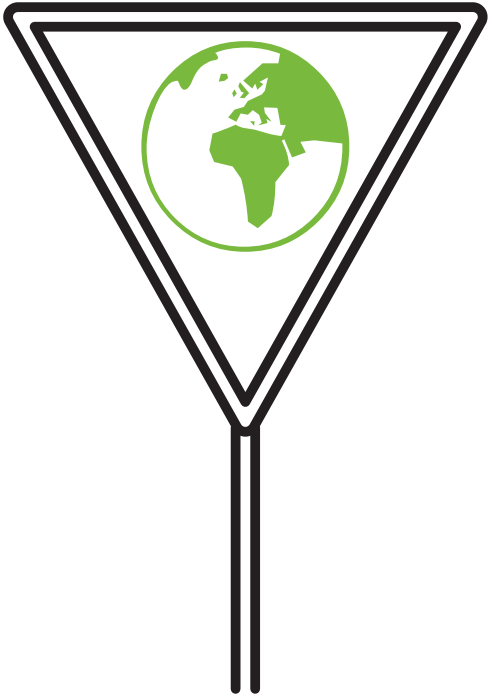
Doch es gibt Alternativen: Christbäume im Topf, die nicht umgeschnitten und immer wie-

der verwendet werden können. Während des Jahres warten sie im Garten oder auf der Terrasse auf ihren nächsten Einsatz. Wer keine Möglichkeit hat, seinen Christbaum zu übersommern, der kann seinen Topfbaum etwa an Forstbetriebe übergeben. Das macht auch die Firma Greentree aus Wien. Sie stellt die Bäume zu, holt sie ab und bringt sie dann zur „Wiederbepflanzung“ ins Waldviertel. Leider gibt es dieses Angebot zurzeit nur für den Wiener Raum, Salzburg und Graz.

Tipp: Damit die Topfchristbäume auch die warmen Zimmertemperaturen überstehen, sollten sie nicht zu nah am Heizkörper oder beim Ofen stehen. Wer seinen Baum im Folgejahr erneut als Christbaum verwenden will, kann ihn mit Topf in die Erde pflanzen oder eingetopft nach draußen stellen. Da sie so langsam wachsen, reiche es auch, wenn man sie alle paar Jahre umtopfe.

NOTWEHR

Ist es legitim, die öffentliche Ordnung zu stören, sich an Straßen festzukleben und Kunstwerke zu beschütten?



TEXT RENÉ FREUND

Seit der Klimakonferenz in Sharm el-Sheik, die eher eine Restplatzbörse der Öl- und Gasindustrie war, verstehe ich die Wut der Vertreter*innen der „Letzten Generation“ noch um einiges besser. Wir steuern sehenden Auges auf eine Erderwärmung von über zwei Grad zu. Es ist eine Spanne von wenigen Jahren, die uns noch bleibt, bis das Gleichgewicht kippt, bis die nicht mehr aufzuhaltenden Kettenreaktionen beginnen. Angesichts dieser globalen Bedrohung wirkt die Empörung über ein „beschmiertes“ Kunstwerk geradezu lächerlich.

Ja, anfangs fand ich es auch nicht richtig, auf Kunst loszugehen. Es wird etwas angegriffen, worin alle einen Wert sehen; etwas, worauf die Menschheit stolz sein kann; etwas, was erhalten werden soll. Aber die Gemälde werden ja nicht zerstört. Im Gegenteil, die „Letzte Generation“ weist eindrucksvoll darauf hin, wie gefährdet alles ist, was wir gerne erhalten möchten. Es wird überall diskutiert, man empört sich, verteidigt, weist zurück, regt sich auf: Dann ist ja schon einiges gelungen!

Wenigstens regt man sich nun über die beschütteten Bilder auf, auch wenn diese Aufregung in keinem Verhältnis zu der Aufregung über die Folgen der Klimakrise steht. Man erinnere sich an das Hochwasser in Pakistan im Sommer 2022, dem eine wochenlange Hitze mit bis zu 50 Grad C vorangegangen war. 33 Millionen Menschen waren aufgrund der Flut obdachlos. Gab es Aufregung? Ein bisschen! Die Vertreterinnen und Vertreter jener Parteien, die sich am meisten über den Klima-

Aktivismus erbosen, wundern sich heute, warum plötzlich Pakistanis und Inder an Österreichs Grenzen stehen. Und während diese Parteien die Störung der öffentlichen Ordnung durch die „Letzte Generation“ beklagen, frage ich mich, wie man so wenig Fantasie haben kann, sich vorzustellen, wie sehr die öffentliche Ordnung erst gestört sein wird, wenn es zu wirklich gigantischen globalen Fluchtbewegungen kommt.

Mit der Ideologie vom ewigen Wirtschaftswachstum, das zwangsläufig auf Kosten unser aller Lebensgrundlage geht, sind wir dem Untergang geweiht. Ich finde das ziemlich drastisch – und es daher legitim, mit drastischen Mitteln darauf aufmerksam zu machen. Das ist Notwehr! Die nächste Klimakonferenz wird übrigens in Dubai stattfinden. Kein Scherz.

René Freund lebt als Autor in Grünau im Almtal. Zuletzt erschien sein Roman „Das Vierzehn-Tage-Date“ (Zsolnay Verlag).